

Unsere Kindeskinden werden noch für die Atomkraft zahlen

In den nächsten Tagen wird die eidgenössische Finanzdelegation beim Bundesamt für Energie in Ittigen bei Bern erwartet. Dort wird sie inspizieren, ob das Bundesamt zwei Spezialfonds mit rund 4 Milliarden Franken korrekt einsetzt, nämlich den Entsorgungsfonds und den Stilllegungsfonds für die fünf schweizerischen Atomkraftwerke. Die Finanzkontrolleure werden wahrscheinlich zum Schluss gelangen, dass dieses Geld seriös verwaltet ist.

So weit, so gut. Doch es liegt leider nicht in der Kompetenz der Kontrolleure, Alarm in der Öffentlichkeit zu schlagen, dass die beiden Rückstellungsfonds sträflich unterdotiert sind und dass wir unsern Kindeskindern eine unglaubliche Last überwälzen: Nur ein Viertel dessen, was die Stilllegung der fünf Atomkraftwerke mutmasslich kosten wird, ist im entsprechenden Fonds vorhanden. Und die Entsorgungskosten für radioaktive Abfälle dürften die dafür zurückgelegten Mittel mindestens ums Doppelte übersteigen. Mit anderen Worten: Wir konsumieren zwar Atomstrom, decken aber nur einen Bruchteil der Folgekosten ab. Und die tiefen Zinsen verunmöglichen es, das Fondskapital auf anderen Wegen gross zu steigern.

Rückbau aufwendiger als Bau

Das Wort vom Atomausstieg geht uns locker vom Munde. Doch über die technischen, organisatorischen und wirtschaftlichen Kosten der Atomkraft nach dem Ausstieg machen sich Befürworter und Gegner zu wenig Gedanken. Das von der Atomwirtschaft finanzierte Forum Vera, das um mehr «Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle» wirbt, hat die Unterdeckung der AKW-Folgekosten stets ausgeblendet.

Der Rückbau eines Atomkraftwerks ist weit aufwendiger als der Bau. Ein AKW kann nicht einfach abgeschaltet und abgerissen werden wie eine Fabrik. Die Radioaktivität muss in einem stillgelegten AKW erst jahrelang abklingen. Und Spezialeinheiten müssen das Gelände mit riesigem Aufwand dekontaminieren, bevor überhaupt mit dem Rückbau begonnen und der Sondermüll - hunderttausend Tonnen verstrahltes Material - entsorgt werden kann.

Der in Angriff genommene Rückbau des ältesten deutschen Atomkraftwerks Obrigheim wird 15 Jahre in Anspruch nehmen. 200 bis 300 Fachleute werden stets im Einsatz sein. Die

Stilllegung des deutschen AKW Würgassen, dessen Rückbau 2014 abgeschlossen sein dürfte, wird die öffentliche Hand voraussichtlich 1,2 Milliarden Franken kosten - umgerechnet auf Schweizer Löhne etwa 1,5 Milliarden Franken.

In der Schweiz hat man aufgrund alter Annahmen bisher mit 600 Millionen Franken Stilllegungskosten pro Atomkraftwerk gerechnet, für die Stilllegung aller fünf AKW in unserem Land mit insgesamt 3 Milliarden Franken. Aber Ende 2010 - als drei AKW bereits vier Fünftel und die anderen zwei schon weit über die Hälfte ihrer 50-jährigen Betriebsdauer hinter sich hatten - waren erst 1,3 Milliarden im Stilllegungsfonds. Berücksichtigt man die bisherigen Laufzeiten, heisst das: Der Fonds vermag nur ein Viertel der mutmasslich anfallenden Rückbaukosten zu decken.

Eine Geisterfahrt

Die Endlagerung der radioaktiven Abfälle ist eine ökonomische Geisterfahrt. Nirgends in der Welt gibt es bereits ein definitives Endlager. Bevor man hoch radioaktives Brennmaterial endgültig einlagern oder aufbewahren kann, muss es mindestens 30 Jahre in Abklingbecken und Zwischenlagern gewartet werden. Die Endaufbewahrungsstätten danach müssen einige zehntausend Jahre lang dichthalten. Denn Plutonium 239 in abgebrannten Brennstäben hat eine Halbwertszeit von 24 000 Jahren, das heisst, nach diesem Zeitraum ist erst die Hälfte der Radioaktivität abgebaut.

Die Kostenstudie 2011 von Swissnuclear, der Fachgruppe Kernenergie der Schweizer Energiewirtschaft, rechnet, dass die Entsorgung der radioaktiven Abfälle rund 16 Milliarden Franken kosten wird. Davon sind 5 Milliarden schon ausgegeben, allein die bisher ergebnislose Standortsuche der Nagra für ein Zwischenlager kostete 2 Milliarden. Bis zur Ausserbetriebnahme der fünf AKW werden weitere 2,6 Milliarden für die Zwischenlagerung nötig sein. Erst danach soll der Endlagerfonds beansprucht werden und nach heutiger Rechnung 8,4 Milliarden decken. Doch heute sind im Entsorgungsfonds erst 2,9 Milliarden Franken. Auch hier fehlt unter Berücksichtigung der bisherigen Laufzeiten die Hälfte der Sollzahlung - oder noch viel mehr!

Und die bittere Wahrheit ist: Der Entsorgungsfonds rechnet nur mit

einer Kostendeckung bis ins Jahr 2050. Danach soll die Endlagerung der radioaktiven Abfälle ausschliesslich Sache der öffentlichen Hand sein, so schreibt es das geltende Gesetz im Sinne der Elektrizitätskonzerne vor. Die Endlagerung ist folglich eine Last, die den Steuerzahlern nachfolgender Generationen aufgebürdet wird.

Unsere Kinder und Kindeskinden werden für die Langzeitkosten unseres Energieverbrauchs aufkommen müssen. Eigentlich sollten nach Ökonomielehrbuch die Preise in der Marktwirtschaft die Kostenwahrheit, also die vollen Kosten, abbilden. Das würde einen ständigen Atomstrom-Zuschlag von zwei bis drei Rappen pro Kilowattstunde bedeuten, statt 0,9 Rappen wie heute. Doch die Kostenwahrheit haben wir, haben die früheren Energieminister stets vernachlässigt. Und die Kantone als Haupteigentümer der Stromkonzerne haben stets darüber hinweggesehen.

Avenir Suisse, Economiesuisse und neoliberale Sozialstaatskritiker und Kolumnisten warnen seit Jahren, mit unserer Altersvorsorge würden wir die nächste Generation belasten. Doch zum verdeckten Skandal, dass die AKW-Folgekosten auf künftige Generationen überwältigt werden, schweigen sie in allen Landessprachen. Das Verursacherprinzip wird in dieser Frage ausgeblendet.

Enormer Nachholbedarf

Die heutige Energieministerin Doris Leuthard hat als Erste angesprochen, was ihre Vorgänger verdrängt hatten: Die Hälfte der Entsorgungskosten ist nicht gedeckt, und die Kostenwahrheit des Atomstroms ist nirgends erfüllt.

Die Atomkraftbetreiber müssten nun in der Restlaufzeit die fehlenden Fondsmilliarden aufrufen. Nächstes Jahr will das Departement von Doris Leuthard das Kernenergiegesetz anpassen, um die Versäumnisse der Vergangenheit nachzuholen. Dann wird sich zeigen, ob die Politiker und all die Verantwortungsbekenner des Vera-Forums überhaupt fähig sind, an die nächsten Generationen zu denken.



Rudolf Strahm

Der ehemalige Preisüberwacher wechselt sich ab mit Politgeograf Michael Hermann und mit der Autorin und Schauspielerin Laura de Weck.